

Die kolumbianische Regierung hat angedeutet, nach einem Friedensschluss drohe den FARC-Chefs kein „Gefängnis mit Gittern“. Aber falls bis November kein Minimalkonsens über diese Frage erreicht wird, droht dieses Thema den Friedensprozess zu sprengen.

SEMANA analysiert am 18.7.2015:

Wird „Timochenko“ ins Gefängnis gehen?

Wenn Sie zu denen gehören, die sich vorstellen, dass am Ende des Friedensprozesses Timochenko, der Chef der FARC, einige Jahre im Gefängnis verbringen wird, wenn Sie ihn sich so vorstellen wie Salvatore Mancuso (Chef der Paramilitärs, nach Demobilisierung an die USA ausgeliefert und dort zu Gefängnis verurteilt, A.d.Ü.), gekleidet in orangefarbene Gefängniskleidung, in einem eiskalten Gefängnis in den USA, oder wie Abimael Guzmán vom Sendero Luminoso in Perú mit einem gestreiften Pyjama in einer vergitterten Kellerrzelle, dann ist es besser, von dieser Idee Abstand zu nehmen, weil das nicht passieren wird. Zumindest nicht als Folge des Abschlusses eines Friedensabkommens in Kuba.

Was in Havanna zwischen Regierung und Guerrilla diskutiert wird, ist eine Roadmap für die Justiz, nach der diese aus dem Labyrinth des Krieges herausfinden kann, ohne dass eine der beiden Seiten ihre Würde verlöre, ohne die Opfer zu verletzen und ohne dass die Möglichkeit bestehen bleibt, dass in ein paar Jahren die Chefs der FARC auf der Anklagebank landen, weil man etwas falsch gemacht hat. Die Straße dorthin hat zwei Begrenzungswände: Nämlich die, was ein Land mit 7 Millionen Opfern politisch und moralisch akzeptieren kann; und die, was die internationale Gemeinschaft juristisch akzeptieren kann.

Der Präsident kündigte an, er werde in vier Monaten bewerten, ob es in dieser Materie Fortschritte gebe, oder ob er die Möglichkeit erwägen müsse, die Anstrengungen der Verhandlungen einzustellen. Dafür eine Formel zu finden ist nicht einfach, denn die Justiz ist möglicherweise das Scharnier zwischen Krieg und Frieden, und dabei steht die Würde derer auf dem Spiel, die sich feindlich gegenüberstanden, wie auch ihre Position in der Geschichtsschreibung und ihre Rolle in der politischen Zukunft des Landes.

Seit die Gespräche in Havanna begannen, hat die Regierung Santos anerkannt, dass in Kolumbien Krieg herrscht und die FARC eine Rebellengruppe mit politischen Zielen ist. Damit unterscheidet sie sich vom früheren Präsidenten Uribe, der die FARC lediglich als Terroristen ansah. Aber gleichzeitig hat die Regierung anerkannt, dass im Namen des Krieges auf beiden Seiten grausame Handlungen begangen wurden, weswegen die Guerilla nicht einfach als revolutionär und die Streitkräfte nicht einfach als legitim bezeichnet werden können. Für die FARC wurde es unmöglich zu sagen, die Entführungen von Politikern und Soldaten und ihre jahrelange Gefangenhaltung im Urwald seien altruistische Taten gewesen. Ebenso wenig konnten die Streitkräfte leugnen, dass viele ihrer Einheiten Allianzen mit den Paramilitärs schlossen, damit letztere Massaker verüben konnten.

Deshalb hat die Regierung, noch bevor sie an den Verhandlungstisch in Kuba kam, es erreicht, einen Rechtsrahmen einer Übergangsjustiz zu schaffen in der Einsicht, dass es höchst dringend war, den Krieg und seine Barbarei zu stoppen und dass der Umgang mit dieser gewalttätigen Vergangenheit außergewöhnliche Mechanismen erfordert. Nicht, weil davon die Täter profitieren sollten, sondern um die Rechte der Opfer zu garantieren. Und genau das ist es, worüber man seit einem Jahr am Verhandlungstisch spricht.

Worüber Einvernehmen besteht

Im vorigen Monat, mitten im Wiederaufflammen des Krieges, präsentierten die Verhandlungsparteien den ersten Fortschritt zu diesem Thema. Beide Seiten vereinbarten, ein

integrales System der Justiz zu schaffen, das angewendet werden soll auf alle, die im Namen der Revolution oder der Verteidigung der Demokratie schwere Verbrechen begangen haben. Dieses System, das sich im Aufbau befindet, sucht nach der Wahrheit, auch nach Bestrafung, nach einer umfassenden Entschädigung der Opfer und vor allem danach, dass sich das alles nicht wiederholt.

Regierung und Guerrilla kamen überein, eine unabhängige Wahrheitskommission außerhalb der Justiz zu schaffen, vor der freiwillig alle direkt oder indirekt in den Krieg Verwickelte erscheinen und alles zur Kenntnis bringen sollen, was sie wissen. Ebenso die Opfer. So wird man die Verantwortlichkeiten in jedem Einzelfall feststellen, und dies in einem öffentlichen Verfahren, das zu besserem Zusammenleben und zur Versöhnung zu führen versuchen soll. Die Absicht ist, dass die Wahrheit ein Balsam für die im Krieg entstandenen Wunden sein soll und kein in sie gestreutes Salz.

Über die Reparationen gibt es einen substanziellen Fortschritt, der so weit geht, dass Santos bei zwei Anlässen erklärte, eine Vereinbarung hierzu werde bald veröffentlicht. Man weiß, dass das Rückgrat der Sache die Anerkennung der schwerwiegenden begangenen Taten ist. Das bedeutet, dass sowohl die FARC als auch der Staat den Mut haben müssen zu sagen: Wir verurteilen diese Taten und bitten um Vergebung.

Man ist sich auch bewusst, dass es kollektive und individuelle Wiedergutmachung materieller und symbolischer Art geben muss. Die FARC hat wiederholt erklärt, sie sei bereit zu helfen bei der Auffindung von Gräbern, bei der Minenbeseitigung, beim Wiederaufbau von Dörfern, die sie mit Bomben zerstört hat oder bei der Linderung der Umweltschäden, die sie z.B. in Tumaco verursacht hat. Die Regierung ihrerseits wird sicherlich das Hauptgewicht legen auf Wiedergutmachung und Rückübergang von Eigentum.

Derzeit liegen die großen Differenzen darin, was Verhandlungen und Bestrafung für Verbrechen der FARC und der Streitkräfte angeht und auch jener, die hinter den Kulissen operierten. Die FARC meint, wenn man von Gerichtsverfahren und Strafen spreche, leugne man ihren Status als Rebellen, und Rebellion sei ein weltweit geltendes Recht, und sie habe aus altruistischen Motiven zu den Waffen gegriffen. Daher schlug sie eine weitreichende Amnestie vor, weil der Frieden höheres Recht und Kolumbien eine souveräne Nation sei. Und dass eine solche Amnestie von einer Verfassungsgebenden Versammlung bestätigt werden müsse. Das bedeutet ein Modell, wie es mehr oder weniger zur Anwendung kam, als man mit der Guerrillabewegung M19 in den 90er Jahren Frieden schloss.

Aber es gibt Nuancen. In Zeitungsinterviews haben einige Chefs der FARC, z.B. Pastor Àlape, Bedingungen formuliert, unter denen eventuell akzeptiert werden könne, sich Prozessen zu unterziehen und verurteilt zu werden, wenn denn der Staat auch diejenigen vor Gericht stellt, die auf seiner Seite als Zivilisten oder Militärpersonen verantwortlich für Straftaten sind. Hier deutet sich ein Fenster an, das für eine Übereinkunft offen stehen könnte.

Die Regierung hingegen stützt sich auf den Rechtsrahmen für den Frieden, der vom Parlament und vom Verfassungsgericht bereits bestätigt wurde. Dieser Rahmen beinhaltet verkürzt gesagt eine Regelung, wonach Guerrilleros und Mitglieder des Staatsapparates, die schlimme Verbrechen begangen haben, unabhängig von ihren politischen Motiven nach einem Friedensschluss Prozessen und Bestrafungen in besonderen Verfahren unterworfen werden sollen. Das heißt, nicht alle müssen hinter Gitter oder gestreifte Kleidung tragen. Der wichtigste juristische Berater der FARC in diesen Fragen, der Spanier Enrique Santiago, hat jedoch auf den Internetseiten der Guerrilla erklärt, der Rechtsrahmen sei inakzeptabel, denn er sei verabschiedet worden, ohne dass am Verhandlungstisch darüber gesprochen worden sei und außerdem umgehe er die Verantwortlichkeiten auf Seiten des Staates. Zudem sei er nicht vereinbar mit den in den Verhandlungen vereinbarten Grundsätzen der politischen Beteiligung der FARC nach einem Friedensschluss.

Wird es zu Amnestie und Begnadigungen kommen?

Für die Mehrheit der Truppen ist die Antwort „ja“, denn der Rechtsrahmen erlaubt dies für Personen, gegen die lediglich Anklagen wegen Rebellion oder unerlaubtem Waffenbesitz vorliegen. Das bedeutet, ein großer Teil der Guerrilleros kann direkt nach Hause gehen, wenn ihnen nicht mehr vorzuwerfen ist, als dass sie Mitglieder der FARC waren und ein Gewehr trugen.

Politische Delikte gibt es praktisch nicht mehr in Kolumbien, seit 1997 das Verfassungsgericht die Verbindung solcher Delikte mit Kriegsverbrechen und kriminellen Handlungen für unzulässig erklärte. Vorher konnte es vorkommen, dass ein Guerrillero, der im Kampf einen Soldaten tötete, wegen des politischen Hintergrundes der Tat freigesprochen wurde. Nach dem Urteil von 1997 konnte er wegen Mordes angeklagt werden. Aus diesem Grund scheint es zu allererst notwendig zu sein, den Begriff des politischen Delikts wieder weiter zu fassen, natürlich durch ein Gesetz. Debattiert wird, was alles einbezogen werden sollte. Etwa Delikte wie Erpressung, Entführung oder Drogenhandel? Tötung im Rahmen von Kampfhandlungen? Die Anwendung nicht gewöhnlicher Waffen und die Verursachung von Kollateralschäden? Ausgeschlossen von Verbindungen zu politischen Straftaten werden durch den Rechtsrahmen Verstöße gegen das humanitäre Recht, eine Auffassung, die die FARC vermutlich nicht teilen wird.

Was wird mit denjenigen geschehen, die schwere Straftaten verübt haben?

Die Regierung hat in den 1500 Verfahren gegen frühere Mitglieder der Paramilitärs die schlechte Erfahrung gemacht, dass es nach 10 Jahren lediglich 30 Verurteilungen gab und kaum Wahrheitsfindung und Wiedergutmachung, dagegen die Gründung krimineller Banden bestehend aus Demobilisierten. Daher sieht der Rechtsrahmen jetzt vor, dass der Staat auf Strafverfolgung verzichten kann in Fällen von Guerrilleros, die, obwohl straffällig, nicht die Hauptverantwortlichen für Kriegsverbrechen sind, die die Wahrheitskommission bei ihrer Arbeit unterstützen, die Wiedergutmachung für die Opfer leisten und die gute Führung zeigen. Dies ist auch anwendbar auf Militärpersonen, Zivilisten und in Kriegshandlungen verwickelte Politiker. In einem diese Woche veröffentlichten Dokument vertritt Carlos Alberto Ruiz, einer der Rechtsberater der FARC, eine derjenigen der Regierung sehr ähnliche Auffassung, was den Schluss erlaubt, dass es in dieser Frage bald eine Vereinbarung geben könnte.

Wird es Urteile und Strafen geben?

Der kritischste Punkt der Debatte liegt darin, wer für die Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit bezahlen wird. Laut dem Rechtsrahmen, auf den die Regierung sich stützt, wird lediglich eine Handvoll Leute verurteilt werden, damit die Verfahren exemplarisch und effizient abgewickelt werden können. Auf diese Weise wird weltweit verfahren, wenn es um den Übergang vom Krieg zum Frieden geht.

Humberto de la Calle, Verhandlungsführer der Regierung, sprach von einer unabhängigen Kommission, die festzustellen habe, welches die schlimmsten Verbrechen beider Seiten seien und diese vorzulegen habe einer speziell zu gründenden Staatsanwaltschaft, deren Aufgabe es dann sei herauszufinden, wer die Verantwortlichen sind um sie anzuklagen. Anschließend solle ein Gericht, ebenfalls aus dem gegebenen Anlass auf der Basis einer Vereinbarung beider Seiten eigens gebildet, Prozesse führen und Urteile sprechen.

Laut Staatsanwaltschaft liegen Unterlagen über 56.516 Straftaten der FARC vor, davon 9.501 Entführungen, 17.345 gewaltsame Vertreibungen; 5.895 betreffen das Verschwinden von Personen, 11.421 die Rekrutierung Minderjähriger, 11.895 illegale Methoden der Kriegführung und 495 geschlechtsbezogene Delikte. Diese Delikte werden dem gesamten Sekretariat (=Oberkommando,

A.d.Ü.) und dem Stab der FARC vorgeworfen. Aber es kann auch andere Guerrilleros geben, die in bestimmten Fällen als Hauptverantwortliche gelten können, ohne dass sie zur Spitze der FARC gehören. Andererseits gibt es FARC-Chefs, die einen hohen Bekanntheitsgrad haben, aber keinerlei Strafregister, wie z.B. Jesús Santrich.

Offensichtlich schmeckt weder der FARC noch dem Militär der Gedanke, ihre höchsten Chefs könnten auf der Anklagebank landen. Beide betrachten das als einen Fall von Würde und Legitimität. Sie sähen es als politische Niederlage an, vor einem Gericht erscheinen zu müssen, wo doch der Ausgangspunkt der Friedensverhandlungen die Einsicht beider Seiten war, dass es im kolumbianischen Krieg weder Sieger noch Besiegte gibt.

Das Dilemma stellt sich folgendermaßen dar: Wenn z.B. Timochenko, gegen den 140 Haftbefehle und Dutzende Verurteilungen vorliegen, vor dem Spezialgericht erschiene, könnte dieses ihn zu 40 Jahren Haft verurteilen, aber im Interesse des Friedens und wie im Rechtsrahmen vorgesehen, davon 35 Jahre erlassen, so dass nur 5 Jahre übrig blieben. Manche sind der Ansicht, diese 5 Jahre könnten in Form einer alternativen Strafe abgegolten werden, nicht notwendigerweise unter Verlust der Freiheit. Beispielsweise in Form von zu leistender Sozialarbeit oder dem Verbot politischer Betätigung und der Übernahme öffentlicher Ämter.

Allerdings besagt die Auslegung dessen, was der Internationale Strafgerichtshof zu solchen Fällen gesagt hat, dass es zu einer Beschränkung der Freiheit kommen muss. Aber nicht etwa nur für die FARC. Diese Frage betrifft auch die Generäle, gegen die Untersuchungen laufen wegen Massakern oder die Tötung von Personen, die als getötete Guerrilleros ausgegeben wurden. Wie de la Calle sagte, muss es sich nicht um ein Gefängnis mit Gittern und Häftlingskleidung handeln. Kein Guantanamo, aber auch kein Ressort Tolemaida (luxuriöses Arresthaus für hohe Offiziere, A.d.Ü.).

Wird die FARC irgendeinen Freiheitsentzug akzeptieren?

Das ist schwer einzuschätzen und es ist in der Tat eines der Dilemmata, für deren Lösung den Verhandlungsparteien noch vier Monate Zeit für beschleunigte Arbeit bleibt, bevor eine Evaluierung stattfinden wird. Falls im November die FARC noch immer auf einer generellen und bedingungslosen Amnestie beharrt und die Regierung darauf, es müsse einen gewissen Freiheitsentzug geben, dann kann der Friedensprozess kaum noch fortgesetzt werden. Eine Zwischenposition wäre, wie viele Experte anregen, das Zugeständnis, dass die Aufständischen ehrenwerte Ansichten für einen sozialen Wandel hegten, man aber gleichwohl die abzulehnenden Taten verfolge, die begangen wurden. Das hieße, ihre Würde intakt zu halten.

Über die Haltung der internationalen Gemeinschaft und die Rechtssicherheit hinaus, die beide ein Abkommen verlangen, muss jedwede Einigungsformel in dieser Frage gemessen werden mit dem Maßstab dessen, was die Gesellschaft als zulässig ansieht. Und deswegen hat Santos sich der Pädagogik zugewandt- ein mehr als dringlicher Schritt.

Nach Meinung der Regierung sind die Kolumbianer nicht einverstanden mit einer Null-Gefängnis-Lösung. Das ist eine These, an die die FARC nicht glaubt, weil sie der Meinung ist, der Frieden sei ein übergeordnetes Ziel, für dessen Erreichung die Menschen zum Verzeihen bereit seien. Zumindest drückte sich so die Mehrheit der Opfer aus, die in Havanna auftraten. Null Strafe ist möglich, aber das hieße, einen Sprung ins Leere zu wagen, was die Rechtssicherheit betrifft.

Auch gibt es objektive Probleme, die gelöst werden müssen. Falls die Chefs der FARC ins Gefängnis gehen, können sie keine Beiträge leisten zur Wiedergutmachung oder zur Wiedereingliederung ihrer Kämpfer in die Gesellschaft, und sie können sich auch nicht politisch betätigen, wie es vereinbart wurde. Es würde schwierig für das Sekretariat der FARC, eine politische Partei zu führen und für sie

Parlamentssitze anzustreben, wenn alle seine Mitglieder Aufbauarbeit in einer landwirtschaftlichen Kolonie leisten müssten. Und politische Arbeit leisten zu können, ist die Seele des gesamten Friedensprozesses.

Schließlich ist ein anderes Schlüsselthema im Justizpaket jenes, das die Garantien betrifft, dass sich die Taten nicht wiederholen, und das verdient es, als besonderes Kapitel behandelt zu werden. Dazu müsste sich der Staat in seinem Inneren von Schuld befreien, indem er aus seinen Eingeweiden jene finsternen Kräfte entfernt, die den Friedensprozess sabotieren könnten, und er müsste garantieren, dass er die volle Kontrolle über das gesamte Territorium ausüben würde mit einer machtvollen Institutionalität, begleitet von einer höheren Dosis an Demokratie und sozialer Gleichheit. Das ist etwas, worüber mehr Fragezeichen als Gewissheiten bestehen.